

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen, Lieber Klaus-Rainer,

Vielen Dank an alle Mitarbeiter*innen dieser Stadt. Sie alle machen einen prima Job. Ich freue mich insbesondere darüber, dass es im vergangenen Jahr doch gut gelungen ist das Team zu verstärken. Vielen Dank an Herrn Schlinkert. Vielen Dank auch Frau Völker, dass sie so wunderbar akribisch das Protokoll führen, meinen Beitrag erhalten Sie im Nachgang. Insbesondere freue ich mich, dass man mit der Schaffung einer Stelle für die Pressarbeit und deren kompetente Besetzung mit Frau Sommer einem lang gehegten Wunsch des Bürgermeisters und seines Vorgängers nachgekommen ist. Aber ganz besonders freue ich mich, dass wir mit Michael Stratmann eine sehr gute Besetzung der Kämmerei erreichen konnten. Hier brauchen Sie, Herr Stratmann, Mut und Weitsicht.

Ich freue mich, dass mit der Gründung der WiSta GmbH ein erster Baustein der schon seit langen diskutierten Neuordnung der städtischen Gesellschaften und deren Weiterentwicklung realisiert wurde. Leider entspricht das Konstrukt nicht den Vorstellungen, die wir formuliert hatten. Wirtschaft ist mehr als Unternehmen. Andere Städte binden Gewerkschaften und Verbände mit ein. Die WiSta greift zu 100% auf städtisches Geld zurück. Von daher hat der Rat die Pflicht, hier mitzuentcheiden und die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Transparenz. Der Vertrag muss entsprechend umgebaut werden. Wir haben in Sundern schlechte Erfahrung mit Intransparenz gemacht. Die WiSta GmbH agiert nicht auf einem konkurrierenden Markt. Es besteht keine Notwendigkeit, die Normen des BGB zu 100% umzusetzen. Bei der Sorpensee GmbH sind wir da schon weiter. Hier haben wir andere Probleme.

Der Klimawandel mit seinen Folgen global und lokal wird bis auf ein oder zwei Köpfe im Rat verstanden. Der Handlungsdruck ist groß und wird jährlich zunehmen. Sinkende Grundwasserspiegel, Starkregenereignisse, sterbende und brennende Wälder sind die Realität. Wir müssen und wollen unseren Beitrag leisten, auch wenn das von uns allen viel abverlangt. Mit dem AK erneuerbare Energien sind wir auf einem guten Weg. Wir erwarten aber auch ein Konzept, wie die Bürger*innen nicht nur die Lasten des Umbaus der Energieerzeugung tragen, sondern wie sie an der Wertschöpfung beteiligt werden können. Eine städtische Gesellschaft, an der sich die Bürger*innen, Unternehmen, die Stadt, die

Grundbesitzer und Banken beteiligen können, wäre da eine Chance, um für Sundern mehr rauszuholen als den gesetzlichen Pflichtanteil an der Wertschöpfung.

Wir erwarten von Verwaltungsspitze eine Strategie, mit der die Stadt vor 2040 klimaneutral lebt. Wir müssen uns anders aufstellen im Wohnungsbau, in der Mobilität, aber auch im Sozialen. Wohnraum wird nicht weniger knapp und bezahlbarer und nachhaltiger, wenn der Wohnraum pro Kopf immer größer wird. Zur Mobilitätswende in Sundern trägt ein Tempo 30 auf allen Straßen bei. Die Städteinitiative „Lebenswerte Städte“, die u.a. von Thomas Vielhaber, Stadtbaurat in Hannover, früher Chefplaner in Arnsberg, ins Leben gerufen wurde, geht hier genau den richtigen Weg. Abgase, Lärm, Unfallrisiken haben wir nicht seit der Sperrung der Rahmedetalbrücke und erst recht nicht nur im Ortsteil Hagen. Der rote Teppich für das Auto muss eingerollt werden. Gleichzeitig muss stärker in die Radwegeplanung und den Radwegbau investiert werden. Die Stadt bleibt da weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Deshalb unsere Forderung, nicht noch ein Jahr mit der Besetzung einer Stelle im Rathaus zu warten, die das Thema bewegt.

Schulen und Sportstätten sind die wichtigsten Orte der Bildung in jeder Hinsicht. Bei allem Verständnis für alle anderen Anliegen, aber das muss sichtbar die erste Priorität im Planungsbereich haben und politisch unterstützt werden. Da ist es allerdings nicht hilfreich, auf Facebook dramatische Bilder zu posten, wenn dann im politischen Raum keine Taten folgen. Kultur leistet sicherlich auch einen wichtigen Beitrag zur Bildung. Aber einen Planungsauftrag für ein Kulturhaus auf den Weg zu bringen, ohne dem Planer zu sagen, was er denn finanziell so verplanen kann, ist schon mutig. Und dann anschl. über die weitere Entwicklung der Innenstadt zu reden, in der sich dann der Bau einfügen soll, ist völlig unverständlich. Auf Bundes- und Landesebene finden sich in den Programmen der Grünen die Forderung nach repräsentativer Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerräten. Diese Form des Beteiligungsverfahrens führt immer zum nachhaltigen Konsens. In Sundern gilt konsequent das Prinzip der Klientelpolitik. So auch bei der Planung des Kultur- und Begegnungszentrums.

In Erinnerung rufen will ich noch einige Projekte, die seit vielen Jahren auf ihre Umsetzung warten. Die technischen Dienste warten seit über 10 Jahren auf den versprochenen Neubau. Das ist keine Wertschätzung für die dort Beschäftigten. Das Gammon bangt von Jahr zu Jahr um den Standort. Jugend gehört in die Mitte und nicht an den Rand. Eine Innenstadt ohne

Jugend hat keine Zukunft. Handlungsdruck herrscht auch bei der Sanierung der Straßen. Die Landesregierung hat ihr Wahlversprechen, die KAG-Beiträge für die Bürger*innen abzuschaffen gebrochen. Nur in einem kurzen Zeitraum werden die Beiträge übernommen. Alle Straßen, die danach saniert werden, gehen wieder zu Lasten der Bürger*innen.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass uns das Thema Flucht und Vertreibung in den kommenden Jahren beschäftigt. Darin liegen nur dann Chancen für die Menschen und die Stadt, wenn Integration gut begleitet wird. Dazu gehört auch menschenwürdiges Wohnen. Wir durften uns vor einigen Wochen ein Konzept für die Bonhoeffer Schule anhören. Was ist daraus geworden? Erfreulich ist es, dass wir in Langscheid mit dem ehemaligen Standort des Bildungszentrums eine gute Lösung gefunden haben. Ein Art Ankunftscenter, von dem auch die ehemaligen Beschäftigten des Bildungszentrums profitieren. Vielen Dank an die Dorfgemeinschaft, die das Projekt so gut unterstützt. Vielen Dank aber auch an alle ehrenamtlichen Helfer*innen in dieser Stadt, die teils seit vielen Jahren den Menschen auf der Flucht helfen, in Sundern anzukommen.

Corona, der russische Überfall auf die Ukraine, Klimafolgen, Inflation bringen die alte Weltordnung heftig ins Ungleichgewicht. Am stärksten betrifft es die, die schon vor den aktuellen Krisen wenig hatten. Und diese Gruppe nimmt zu. In den kommenden Jahren wird die Altersarmut zunehmen, ebenso die Zahl der Familien, die trotz Erwerbstätigkeit auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Die Tafel in Sundern sucht neue, größere Räume. Wir müssen uns stärker mit den sozialen Fragen auseinandersetzen und sehen, dass der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft nicht gefährdet wird. Hier wird auch in Sundern der soziale Wohnungsbau an Bedeutung gewinnen, aber auch die Schaffung und Sicherung von guter Arbeit und Ausbildung.

Das wir uns heute mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 beschäftigen müssen, war schon bei der Einbringung des Doppelhaushaltes absehbar. Die Welt ist zu volatil und die strategische Ausrichtung der Stadt zu unklar, als dass wir über ein Jahr hinaus planen können. Hier ist viel Ressource in der Verwaltung und im Ehrenamt verschleudert worden. Wir haben den Doppelhaushalt nicht mitgetragen und der Nachtragshaushalt setzt keine Zeichen für eine Zeitenwende in Sundern. Wir erkennen aber die Arbeit der Verwaltung und insbesondere des Kämmerers an, der sich trotz kurzem Zeitfenster sehr gut in die Materie eingearbeitet hat. Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten.